

Vernunft gehört die nötige Sensibilität für zwischenmenschliche Bindungen. Ohne diese Sensibilität führt Emanzipation eher zum Gegenteil von Mündigkeit: zur Auslieferung des einzelnen an Meinungskollektive. Wo der emanzipierte einzelne allein dem Staat oder allein der Gesellschaft gegenübersteht, geht das immer auf Kosten des einzelnen und seiner Freiheit aus. Solcher „Individualismus“ ist aber heute Gemeingut der Kultur, auch der politischen. Er grassiert in allen Parteien.

Ich nenne dafür ein besonders aktuelles Beispiel: Nicht nur Sozialdemokraten bürgerlicher und sozialistischer Prägung haben besondere Schwierigkeiten, sozialen Einheiten und Gruppen, die den einzelnen gesellschaftlich abstützen und ihm so einen verantwortlichen Freiheitsgebrauch vielfach erst ermöglichen, den ihnen angemessenen gesetzlichen Ausdruck und Schutz zu geben. Meist kommt nur der emanzipationsbedürftige einzelne (der Mann, die Frau, das Kind, der Jugendliche) in den Blick, nicht die Familie, die Nachbarschaft, die Betriebsgemeinschaft usw. Auch Parteigänger bürgerlich-christlicher Politik haben große Probleme, personale Gemeinschaften rechtlich zu fassen, und weichen beispielsweise in der Familienpolitik

auf rein finanzielle Stützungshilfen aus. Sie lassen sich also die Familie sozialstaatlich viel kosten, vermögen aber kaum sie rechtlich und politisch als „Körperschaft“ eigenen Rechts und eigener Würde zu fassen und sie politisch entsprechend zu vertreten.

Es bedarf also dringend einer Korrektur der Leitbilder und der strategischen Ansätze. Nicht der Mangel an Freiheit kann heute (bei uns) das eigentliche Thema sein, auch nicht so sehr die Gefährdung durch kollektivistisches Denken (sowie dieses als weltweite Auseinandersetzung zu Buche schlägt, ist es eher der Kampf zwischen Demokratie und Totalitarismus), sondern die eigentliche Gefahr scheint vielmehr zu sein: daß dem enorm gewachsenen Freiheitspotential noch keine ebenso gewachsene Freiheitsfähigkeit zur Verfügung steht, und daß gerade in dieser Situation eine individualistische Verabsolutierung von Freiheit am sichersten in den kollektivistischen Staat führt. Wenn nicht alles täuscht, ist das sogar das ungelöste Grunddilemma neuzeitlichen Mündigwerdens. Darüber Wahlkämpfe zu führen könnte sich sogar lohnen, auch wenn sie – möglicherweise – dann quasi durch die Parteien geführt werden müßten.

D. A. Seeber

Vorgänge

Überrollen uns die Kabel?

Spätestens seit der letzten Berliner Funkausstellung und seit den Debatten der letzten Wochen *zwischen* den Ländern (und *in* den Ländern) Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz um ein Kabelpilotprojekt in Mannheim/Ludwigshafen ist es auch ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gedrungen: eine *revolutionäre Wende auf dem Mediensektor* steht bevor. Präziser: sie ist – jedenfalls technisch – bereits vollzogen. Durch die Entwicklung neuer Übertragungstechnologien – Stichworte: Kabel, Glasfaser – wird es in Zukunft eine Fülle von Möglichkeiten der audiovisuellen Kommunikation geben, die man sich heute noch kaum vorstellen kann. Nicht nur, daß die Übertragung von dreißig und mehr Programmen technisch eine Kleinigkeit sein wird, über den „offenen Kanal“ und den „Rückkanal“ können sich auch Gruppen und

einzelne, die bisher lediglich *passiv* waren, *aktiv* ins Programmgeschehen einschalten. Die Diskussion des Bürgermeisters mit seinen Bürgern via Bildschirm (einschließlich Abstimmungen per Knopfdruck), das audiovisuelle Ferneinkaufen und das Bildschirmtelefon sind keine Utopien mehr. Das Können ist nicht länger eine Frage, nur das Wollen bzw. das Sollen.

Der sich abzeichnende Umbruch ist oft mit demjenigen verglichen worden, den Johannes Gutenberg der Menschheit beschert hat. Der Vergleich dürfte nicht zu hoch gegriffen sein. Was bevorsteht, sind nicht ein paar technologische Kapriolen, sondern eine Umwälzung unseres Informationssystems.

Der *Konfusion*, in die den technischen Laien auch nur ein erster Überblick über die neuen Möglichkeiten stürzt,

entspricht die Konfusion in den öffentlichen Debatten um diesen Gegenstand. Da ist zunächst die Frage der *Verkabelung*, also der Schaffung der technischen Voraussetzungen. Die Bundespost verkabelte munter vor sich hin, längst bevor politische Entscheidungen gefallen waren. Dies wurde von CDU und CSU scharf kritisiert. Vor ein paar Wochen stoppte der Bundeskanzler – sehr zum Mißvergnügen des zuständigen Ministers – die Post, worauf er sich *wieder* Kritik von der Opposition einhandelte.

Verwirrend geht es auch in den *Parteien* zu: *Erhard Eppler* droht mit einer aus Moral und Wahlkampf gemischten Kampagne ein Volksbegehren gegen das Kabelfernsehen an, sein Berliner Parteifreund *Peter Glotz* warnt vor solchen Perhorreszierungen; der Mediensprecher der CDU gibt sich optimistisch, der Kanzlerkandidat der Union läßt erkennen, daß die neue Entwicklung ihm eher un-

sympathisch ist. Die FDP hält sich moderat in der Mitte.

Wieder einmal hat eine politische Debatte etwas von *Gespenserschlacht* an sich. Wo eine ernsthafte Auseinandersetzung über eine schwerwiegende Sache gefordert wäre, verlegen sich die einen – die Mehrheit der SPD-Sprecher – auf ein polemisches Nein, die anderen – die vorderste Front der CDU-Sprecher – auf ein zu wenig kritisches Ja. Warum? Weil statt über die neuen Medien von den einen wie den anderen uneingestanden viel zu oft über die alten geredet wird. Die SPD kaschiert mit anthropologischen Argumenten ihre Vorliebe für den – ihr günstigen – öffentlich-rechtlichen Status quo. Die CDU relativiert die Gefahren der neuen Medien, weil ihr der Status quo nicht entgegenkommt. Allerdings haben die *Meinungsunterschiede zwischen zwei CDU-Ländern* um das Pilotprojekt Mannheim/Ludwigshafen einen sachlichen Fortschritt gebracht. Rheinland-Pfalz läßt sich jetzt auf das Experiment ein – das auf einen Beschluß *aller* Ministerpräsidenten zurückgeht – und eröffnet damit die Chance, daß die Diskussionen mit Fakten bestückt werden. Baden-Württemberg hält sich zurück, um noch einmal das Gespräch mit Experten und den anderen politischen Lagern zu suchen und so ein möglichst einvernehmliches Handeln *aller* Verantwortlichen zu ermöglichen.

Und die Kirchen? Sie könnten eine Schiedsrichterrolle spielen, tun sich dabei aber nicht ganz leicht, weil sie auch von den Bazillen angesteckt sind, die in der politischen Diskussion ihr Wesen treiben. Katholische Erklärungen – insbesondere die wichtigste, nämlich diejenige der publizistischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz vom 7. Juni 1979 – kommen von der Beschwörung der Gefahren („zunehmende Abhängigkeit von Informationen aus zweiter Hand“) relativ schnell zu einem prinzipiellen Ja, unter der Bedingung, daß die Beteiligung der Kirche gesichert und eine „vorschnelle Einordnung“ der Medien in die bestehenden Strukturen vermieden werden kann. Die offiziellen EKD-Stellungnahmen lauten ganz

ähnlich, werden aber kontrastiert durch andere evangelische Stimmen, deren klares Nein vor allem ein ebenso klares Ja zu den bestehenden Anstalten ist. Die Funkhäuser selber opponieren nach dem Motto: Kabelfernsehen ist gefährlich – solange es nicht in unserer Regie betrieben wird.

Die Diskussion wird in dem Ausmaß an Niveau gewinnen, in dem man von den jeweils eigenen Interessen ab- und auf die Sache selber hinsieht. Von *zwei festen Punkten* kann man dabei ausgehen: Die Bundesrepublik ist keine Insel der Seligen, sie kann eine neue Technologie nicht dadurch bewältigen, daß sie sie ignoriert. Und: weil das Monopol der bestehenden Anstalten seine verfassungsrechtliche Basis verliert (insofern der Frequenzmangel als Begründung gegenstandslos wird), wird niemand freie Träger, also auch

private, von den neuen Medien ausschließen können, ohne das Grundrecht der Informationsfreiheit zu tangieren. Der Streit „privat“ oder „öffentlich-rechtlich“ ist sinnlos. Gefragt ist ein den neuen Bedingungen angemessener ordnungspolitischer Rahmen.

Noch wichtiger ist, daß man sich eine gesunde Skepsis gegenüber den neuen Kommunikationstechnologien bewahrt. *Begeisterung* wie über ein neues Spielzeug – die Werbung nennt so etwas „Freizeitpaß“ – wird gewiß nicht zur Beherrschung dieser technischen Entwicklung führen. *Skepsis* vielleicht. Deshalb wäre es für die Kirchen in diesem Fall sicher richtig, auf der Seite der Skeptiker zu stehen – was eine engagierte Teilnahme an der öffentlichen Bewußtseinsbildung keinesfalls ausschließen sollte. J. B.

Eine neue Zeitung?

Ab Januar wird der deutsche Zeitungsmarkt um eine Wochenzeitung ärmer sein. Die „Deutsche Zeitung“ (früher „Christ und Welt“) wird mit dem „Rheinischen Merkur“ fusioniert; soweit von Fusion in diesem Fall die Rede sein kann. Denn es werden nicht zwei selbständige Unternehmen zu einer neuen Verlagsgesellschaft vereinigt, sondern die im Besitz der nordrhein-westfälischen Bischöfe und des Erzbistums Freiburg befindliche „Rheinische Merkur Verlag GmbH“ hat sämtliche Geschäftsanteile der Deutschen Zeitung/Christ und Welt GmbH von der Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck gekauft. Das Fusionsprodukt wird als „Rheinischer Merkur“ mit „Christ und Welt“ im (kleingedruckten) Obertitel erscheinen. Die ab Januar angebotene Zeitung wird also – und so war es sicher von den Käufern auch gedacht – der „neue“ Rheinische Merkur unter dessen bisheriger Herausgeberschaft und nicht die alte Deutsche Zeitung plus Rheinischer Merkur sein. Doch werden beträchtliche Teile der Redaktion von Christ und Welt übernommen und eine Reihe von bisherigen Mitarbeitern des „Rheinischen Merkur“ nicht mehr

oder nur noch auf Honorarbasis bei der neuen Zeitung mitarbeiten. Soweit Ende November bekannt war, werden die Ressorts ziemlich gleichmäßig auf RM- und DZ-Redakteure verteilt sein. Der Chefredakteur, der erst nach längerem Hin und Her zugesagt hat, der Katholik *Ludolf Herrmann*, kommt ebenfalls von der Deutschen Zeitung, während der langjährige frühere Chefredakteur des Rheinischen Merkur, der 69jährige *Anton Böhm*, wie schon bisher als Berater der Chefredaktion weiter verpflichtet wurde.

Als im Oktober der Verkauf der „Christ und Welt“-Anteile des Holtzbrinck-Konzerns an die bischöflichen Eigentümer des „Rheinischen Merkur“ bekannt wurde, hat weniger die Tatsache der Zusammenlegung als die Art der Fusion und deren Zeitpunkt überrascht. Von Fusionsgesprächen war schon lange die Rede gewesen, da beide Unternehmen stark defizitär arbeiteten und die Auflagen (IVW Verkaufs-Auflage der „Deutschen Zeitung“ 134 000, des „Rheinischen Merkur“ 63 000) stagnierten. Doch war es bis zuletzt eher umgekehrt erwartet worden. Georg von Holtzbrinck ver-